

Diskussionspapier der AG BF für eine Nationale Qualifizierungsstrategie - Ausbilden, Weiterbilden und Zuzug erleichtern

Die letzte Studie der OECD zum Migration 2007 bestätigt einmal mehr die Befürchtung, dass Deutschland bereits kurz- und mittelfristig ein eklatanter Mangel qualifizierten Fachkräften und hochqualifizierten Nachwuchswissenschaftlern droht. Dies folgt aus der demographischen Entwicklung einerseits sowie aus den wesentlichen Kennzahlen unseres Bildungssystems, an denen eine unzureichende Verwirklichung der Qualifizierungspotenziale unserer Bevölkerung ablesbar ist. Dies beschränkt nicht nur in unverantwortlicher Weise individuelle Lebensperspektiven und Chancen vieler junger Menschen. Der prognostizierte und auch von der Wirtschaft mitzuverantwortende Fachkräftemangel bedroht darüber hinaus gerade in Anbetracht eines verschärften Innovationswettbewerbs und auch der steigenden internationalen Arbeitsmarktkonkurrenz die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf globalisierten Märkten – und damit direkt unseren Wohlstand von morgen.

Die Antwort auf den drohenden Fachkräftemangel können unverbundene Einzelmaßnahmen und populistische Sprechblasen nicht leisten. Was Deutschland braucht ist ein abgestimmtes Konzept von Maßnahmen auf allen politischen Ebenen und in allen relevanten Politikfeldern. Was unser Land braucht ist eine umfassende Nationale Qualifizierungsstrategie. Mehr noch: wir können nicht auf einen einzigen Baustein für eine Qualifizierungsoffensive verzichten, um sowohl den Menschen zusätzliche Lebenschancen eröffnen als auch den mittel- bis langfristigen Bedarf an Fachkräften der Wirtschaft, unserer Wissenschaft sowie für Forschung und Entwicklung hinreichend decken zu können. Deutschland muss das Land der Chancen und der Ideen bleiben. Deshalb hat die SPD frühzeitig Überlegungen für eine moderne Zuwanderungspolitik vorgelegt.

Die AG Bildung und Forschung hat zu dieser Frage folgende Eckpunkte beschlossen:

a) Hebung der internen Bildungspotenziale hat Priorität

1. Den wesentlichen Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels kann nur die Hebung des Bildungsniveaus in Deutschland insgesamt leisten. Deutschland nutzt seine internen Potenziale immer noch nicht voll aus. Weiterhin haben junge Menschen aus sozial schwachen Familien oder bildungsfernen Schichten deutlich geringere Bildungschancen. Weiterhin gelingt es nicht, hier lebende Jugendliche mit Migrationshintergrund hinreichend in unser Bildungssystem oder den Arbeitsmarkt zu integrieren. Weiterhin verlassen viel zu viele junge Menschen die Schulen ohne Abschluss. Dies bleibt bildungspolitisch ein Skandal und wir verschenken Potenziale, die Deutschland für seine Zukunft dringend braucht. Die SPD ist die Partei der Chancengleichheit in der Bildung. Chancengleichheit wird so (auch) ein Mittel zur Sicherung der Innovations- und damit Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.
2. Hinzu kommt, dass die Wirtschaft ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht nachkommt und die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses sträflich vernachlässigt hat. Wer in die Ausbildung junger Menschen nicht investiert und etwa die Zahl betrieblicher Ausbildungsplätze über Jahre reduziert hat, darf sich Jahre später nicht wundern, wenn er seine offenen Stellen nicht mehr angemessen besetzen kann. Hier ist ein Umdenken in den Unternehmen erforderlich und überfällig.

3. Zudem ist Deutschland weit davon entfernt, die auch mit dem Koalitionsvertrag angestrebte Studierendenquote von 40 Prozent eines Jahrgangs zu erreichen. Gegenwärtig ist sie sogar rückläufig. Die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen in den vergangenen Jahrzehnten, unsichere Arbeitsmarktperspektiven der Absolventen gerade aus reformierten Studiengängen und nicht zuletzt die zusätzlichen Kostenbelastungen durch Studiengebühren der Länder halten viele junge Menschen von einem Studium ab. Auch hier hat die Wirtschaft ihren vollmundigen Versprechungen, etwa das private Stipendienangebot zu vervielfachen, keine nennenswerten Taten folgen lassen. Gemeinsam mit den Ländern muss der Bund hier das Steuer herumreißen und jungen Menschen wieder eine klare Perspektive geben, wie es der Hochschulpakt 2020 in einem ersten Schritt bereits zum Ziel hat. Die von der SPD geforderte deutliche Erhöhung und Ausweitung des BAföG wird ihren Teil leisten, Bildungschancen wieder etwas unabhängiger vom Geldbeutel der Eltern zu machen.
4. Die Potenziale der Frauen für den Fachkräftemarkt sind auf allen Gebieten bei Weitem nicht ausgeschöpft. Ohne eine deutliche Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen in Wirtschaft und Wissenschaft kann Deutschland seine gute Ausgangssituation im internationalen Wettbewerb nicht halten. Überkommene konservative Rollen- und Erziehungsbilder gefährden so direkt die Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die Frauenförderung ist somit nicht nur ein Gebot der Geschlechtergerechtigkeit, sondern auch ein Beitrag zur Zukunftssicherung insgesamt. Gerade im Bereich des hochqualifizierten akademischen Nachwuchses wirkt sich zudem die systematische Bekämpfung der erfolgreichen Juniorprofessuren besonders für Frauen nachteilig aus. Die Frauenförderung an Hochschulen ist nun Sache der Länder, ohne jedoch dass die hierfür bereitgestellten Mittel des Bundes zweckentsprechend verwendet werden.

b) Systematischer Ausbau der Fort- und Weiterbildung

1. Den zweiten wesentlichen Beitrag zur Bewältigung des drohenden Fachkräftemangels kann und muss der strategische Ausbau der Fort- und Weiterbildung in Deutschland leisten. Angesichts des späteren Renteneintrittsalters und der zunehmenden wie dynamischeren Anforderungen der Wirtschaft muss die Qualifizierungsstrategie daher mit einem durchgängigen Konzept für den lebensbegleitenden Erhalt und Ausbau von Qualifikationen und Fähigkeiten durch systematische Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen verbunden werden.
2. Hierzu bedarf es einer deutlichen Korrektur der Weiterbildungspolitik der Bundesanstalt für Arbeit, die in den letzten Jahren ihre Anstrengungen auf diesem Gebiet auf neue Tiefststände reduziert hat. Das kann angesichts der strategischen Bedeutung der Weiterbildung so nicht bleiben. Deutschland braucht öffentliche Initiativen in Richtung „Zweite Chance“ für nachholende Schul- oder Berufsabschlüsse und die nachhaltige Verbesserung der Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung. Hochschulen müssen sich stärker als Anbieter von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen aufstellen und neue Märkte erschließen. Vor allem sind aber der Aufgabe angemessene Rahmenbedingungen und Förderinstrumente zu schaffen, um den öffentlichen Teil der gesellschaftlichen Verantwortung hinreichend gerecht zu werden. Dazu gehören gesetzliche Weiterbildungsansprüche mit Freistellungs- und Rückkehrrechten ebenso wie die Weiterentwicklung etwa des Meister-BAföG zu einem echten Erwachsenenfortbildungsförderungsgesetz.

3. Das von der Bundesregierung angekündigte Konzept zu einer Weiterbildungsprämie kann angesichts der Herausforderungen ein zwar wichtiger, aber eben nur erster Schritt in die richtige Richtung sein. Die SPD-Bundestagsfraktion hat hier bereits mehrfach einen Weiterbildungspakt gefordert, um der strategischen Bedeutung des lebensbegleitenden Lernens endlich die ihr zukommende Aufmerksamkeit zu geben.

c) Erleichterung des Zuzugs von Fachkräften

1. Ergänzend zur notwendigen verstärkten Verwirklichung interner Qualifizierungspotenziale kommt Deutschland gerade für die kurz- und mittelfristigen Fachkräftenachfrage an einer Verbesserung der Zuzugsbedingungen für ausländische Fachkräfte nicht vorbei. Deutschland ist auch im Fachkräftebereich ein Zuwanderungsland – alles andere ist die Fortsetzung einer lang gepflegten konservativen Lebenslüge. Insofern ist es richtig, prohibitive rechtliche Hürden zu überprüfen und geeignete Lösungen zu entwickeln. Die gegenwärtig diskutierte, vor allem von der Wirtschaft geforderte Senkung der Mindesteinkommen, ab denen ausländische Fachkräfte in Deutschland arbeiten dürfen, ist hier nur eine mögliche Stellschraube. Klar ist aber, dass die Wirtschaft ein Entgegenkommen an dieser Stelle mit verstärkten und belegbaren Anstrengungen rechtfertigen und sich etwa mit einer Abgabe an der Aus- und Fortbildung des Fachkräftenachwuchses nachhaltig beteiligen muss. Hierzu sollten verbindliche Regelungen getroffen werden, Absichtserklärungen alleine sind nicht ausreichend.
2. Die SPD hat in der Zuwanderungsdebatte das am weitesten ausgearbeitete Konzept für eine geregelte Zuwanderung von Fachkräften vorgelegt. Das von uns vorgeschlagene Punktesystem sichert nicht nur eine gerechte Einschätzung der Migrantinnen und Migranten, ihrer Qualifikationen und Fähigkeiten wie ihrer sozialen Umstände, sondern auch eine ausreichende Berücksichtigung des deutschen Arbeitsmarktes und unseres Lohngefüges. Von einem Import von Billigfachkräften kann damit jedenfalls keine Rede sein. Der Tatsache eines intensiveren europäischen und auch internationalen Wettbewerbs um die besten Köpfe muss sich auch Deutschland stellen und hier seine Chancen nutzen um seine Interessen zu wahren. Die Union muss ihre damalige Ablehnung überdenken.
3. Das gegenseitige Auspielen von Zuwanderung und der Qualifizierung etwa arbeitsloser Fachkräfte oder unterqualifizierter Erwerbstätiger in Deutschland ist keine Lösungsperspektive. Denn wir müssen das eine tun, ohne das andere zulassen. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass auch die vielzitierte OECD-Studie Migrationsausblick 2007 aus sagt, dass Deutschland die entstehende demographische Lücke auf dem Fachkräftemarkt allein durch Zuwanderung nicht wird schließen können.
4. Bei der Gewinnung von Spitzenkräften aus Wissenschaft und Forschung für Deutschland wirken sich die geltenden arbeits- und ausländerrechtlichen Bestimmungen schon im Hinblick auf begleitende Familienmitglieder hemmend, geradezu abschreckend aus. Auch hier ist eine zügige Abhilfe unabdingbar.

Erst alle Bausteine zusammen, Bildungsoffensive, mehr Chancengleichheit für alle in der Bildung, systematische Weiterbildung und geregelte Zuwanderung, eröffnen eine Lösungsperspektive für den Mangel an Hochqualifizierten und Fachkräften in Deutschland – alles andere bleibt Stückwerk und dient langfristig weder den betroffenen Menschen noch dem Standort Deutschland.